

## Kurz mal die Durchschummler aus der Hängematte fegen?

Von Alban Knecht, im April 2018

Mit den aktuellen Angriffen auf die Arbeitslosenverwaltung lenkt die Regierung davon ab, dass sie bereits jetzt alles getan hat, um die Arbeitslosenzahlen hoch zu halten: Die Aktion 20.000 läuft aus; dringend notwendige Gelder für die Qualifikation und die Integration von Asylsuchenden wurden gekürzt. Einem diffamierenden Menschenbild folgend, hofft die Regierung, dass die Arbeitslosenzahlen durch weniger Mindestsicherung und die Abschaffung der Notstandshilfe gesenkt werden könnten, weil damit stärkere Anreize verbunden sein würden, eine Beschäftigung aufzunehmen. Österreich als Land der freiwillig Arbeitslosen?

Sebastian Kurz und Hans-Christian Strache haben schon im Januar, als sie ihre Pläne zur Abschaffung der Notstandshilfe vorstellten, klar gemacht, dass sie das glauben: Da warnten sie vor den „Durchschummlern“, die nur kurz arbeiten gehen würden, um sich dann in die soziale Hängematte zu legen. Der neuen Koalition geht es nicht nur darum – wie im Wahlkampf teilweise vorgetäuscht –, Asylsuchenden weniger Leistungen zukommen zu lassen; sie wendet sich gegen alle, die sozialstaatliche Hilfe benötigen. Neben dem rassistischen zeigt die Koalition so auch ihr neoliberales Gesicht.

Wieso die beiden gerade jetzt eine Debatte über Missbrauch von Sozialleistungen lostreten, die eigentlich erst mal nichts mit einer Diskussion über deren sinnvolle Höhe zu tun hat, zeigt ein Blick nach Deutschland, wo die der Notstandshilfe entsprechende Arbeitslosenhilfe bereits mit der Einführung von Hartz IV abgeschafft wurde – mit weit reichenden Folgen für die Armutslagen. Dort tobt die Missbrauchsdebatte schon seit den 80er Jahren – in Schüben: Das soziale Netz ist „für viele eine Hängematte – man möchte sogar sagen: eine Sänfte – geworden ...; eine Sänfte, in der man sich von den Steuer und Sozialabgaben zahlenden Bürgern von Demonstration zu Demonstration, von Hausbesetzung zu Hausbesetzung, von Molotow-Coctail-Party zu Molotow-Coctail-Party und dann zum Schluss zur Erholung nach Mallorca ... tragen lässt“: Mit diesen Worten etablierte der bayerische CSU-Abgeordnete Erich Riedl die Hängematte als zentrales Bild der Missbrauchsdebatte, wobei sein Groll – den Zeitumständen und der Parteilinie entsprechend – einen

pauschalierenden Seitenhieb gegen (linke) politisch engagierte MitbürgerInnen enthielt.

Seitdem ist jeder Politiker, der das Pferd reiten will, gefordert, sich einen neuen markigen Spruch einfallen lassen. So warnte Kanzler Kohl vor dem „kollektiven Freizeitpark“ und Gerhard Schröder stellte klar, dass es „kein Recht auf Faulheit“ gibt. Sein Arbeits- und Sozialminister Clement veröffentlichte, nachdem er durch die Einführung von Hartz IV unter Druck geraten war, ein Pamphlet mit dem aussagekräftigen Titel *Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat*, das sich mit seinem billigen Schreib- und Argumentationsstil an schlechte Boulevard-Zeitungen anlehnte. Guido Westerwelle mahnte, nachdem das Bundesverfassungsgericht festgestellt hatte, dass die Berechnung der Hartz-IV-Sätze verfassungswidrig war und deren Neuberechnung diskutiert wurde: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein“; Worte, die er später selbst bereute.

Diane Wogawa, die den deutschen Missbrauchsdiskurs wissenschaftlich untersucht hat, zeigt auf, dass das auf und Ab der Debatte wenig mit konkreten Begebenheiten des Arbeitsmarktes zu tun hat, sondern meist ein bis eineinhalb Jahre vor Bundestagswahlen stattfand und die Funktion innehat, Leistungskürzungen, die politisch gewollt oder wegen knapper Kassen notwendig waren zu legitimieren sowie für nicht eingelöste Wahlversprechen Sündenböcken zu finden.

Diese Diskurse folgen immer dem gleichen Muster: Der Leistungsmissbrauch dient als Aufhänger, die konkreten Vorwürfe bleiben aber völlig unspezifisch. Selbst die ganz gewöhnliche Inanspruchnahme der Leistungen wird in ein schlechtes Licht gerückt.

Die bestehenden Kontrollmechanismen zur Verhinderung des Missbrauchs werden ausgeblendet und der Eindruck vermittelt, als ob ein Leben nahe dem Existenzminimum erstrebenswert wäre und es einfach und ungefährlich wäre, die Arbeitsverwaltungen (Arbeitsagentur bzw. AMS) zu betrügen. Oft werden Kontrollmechanismen gefordert, die bereits existieren. Beim diskursiven *Dissen* wird auf Bilder zurückgegriffen, die sich in den Köpfen gut festsetzen können: „Drückeberger, Arbeitsunwillige, Sozialschmarot-

zer, Asylmissbraucher, Parasiten“, die als Ausdruck ihres „Sozialhyäentums“ und ihrer „Mitnahme-Mentalität“ den „Sozialstaat mit einer Melkkuh verwechseln“. Das angebliche „Heer von Missbrauchern“ wird als zentrales Problem beschrieben, obwohl allen, die mit dem Thema vertieft befasst sind, klar ist, dass es sich um einen Schattenkampf handelt.

Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen werden sowohl von den PolitikerInnen als auch von der Presse ignoriert – aus gutem Grund: Ihre Ergebnisse widersprechen dem Mythos des verbreiteten Sozialleistungsmissbrauchs: Was WissenschaftlerInnen am häufigsten beobachtet haben, sind betroffenen Menschen, die ein Anrecht auf Mindestsicherung haben, diese aber aus Scham oder Unkenntnis nicht in Anspruch nehmen. Darüber hinaus zeigt sich, dass der Missbrauch, der dem Staat wirklich teuer zu stehen kommt, die Steuerhinterziehung ist, die die längste Zeit kaum thematisiert wurde. Und Untersuchungen zur den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit machen immer wieder deutlich, dass es sich um eine sehr belastende Lebenssituation handelt, der die Betroffenen zu entfliehen versuchen. Gelingt das dauerhaft nicht, kann sich allerdings Resignation einstellen. Wer vermutet, dass die Arbeitslosigkeit durch Faulheit und Missbrauch verursacht ist, der müsste auch die Schwankungen in den Arbeitslosenzahlen durch Konjunkturen von Faulheit und Missbrauch erklären; versucht hat das noch keiner. Dass diese Logik nicht aufgeht, erklärt auch, wieso in der Folge dieser Diskussionen nicht Maßnahmen gegen den Missbrauch ergriffen werden, sondern Leistungen pauschal für alle BezieherInnen gekürzt werden; darum ist es schließlich gegangen.

Sebastian Kurz haut nun genau in die gleiche

Kerbe: „Es kann nicht Aufgabe der Allgemeinheit sein, die zu finanzieren, die sich mit Ausreden beim AMS durchschummeln“. Und Strache schob dann fast wortgleich hinterher, „dass man Durchschummler nicht durchtragen werde“.

Diane Wogawa schreibt, dass der Missbrauchsvorwurf vor allem dazu dient, sich zu profilieren und so zu tun, als sei man innovativ und durchsetzungsfähig. Andere Wissenschaftler, bestätigen die Vermutung, dass mit den Faulheitsvorwürfen bewusst ein gesellschaftliches Klima geschaffen wird, dass die Leistungseinschränkungen möglich macht, die Empfänger auf Kürzungen einstimmt, ihr Widerstandspotential verringert und die Stimmverlusten bei kommenden Wahlen begrenzt.

Allerdings wird so auch der gesellschaftliche Zusammenhalt geschwächt, zuerst mit Worten, dann mit Gesetzen. Wenn eine Gesellschaft nicht die Solidarität mit ihren Bedürftigen aufrechterhält, läuft sie Gefahr, in eine moralische Abwärtsspirale hineinzuschlittern. Wichtig wäre sich der Bedeutung der Sozialleistungen anhand konkreter Fälle gewahr zu werden, die repräsentativ sein können, auch wenn sie immer individuelle Aspekte haben. Die einfache Gegenüberstellung von „guten Fällen“ und „bösen Fällen“, wie sie häufig im Fernsehen inszeniert wird, zementiert dagegen die Idee der Gruppierung in würdige und unwürdige Arme.

Aus den vereinfachten Bildern von armutsbetroffenen Menschen und aus der Entsolidarisierung der Gesellschaften können PolitikerInnen Profit zu schlagen, indem sie immer weitere Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufhetzen. An einer ernsthaften Diskussion über die Probleme von Armut und sozialer Ungleichheit schummeln sich manche einfach vorbei.

## Literatur

Wogawa, Diane (2000): *Missbrauch im Sozialstaat. Eine Analyse des Missbrauchsarguments im politischen Diskurs*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Für alle weitere Quellenangaben siehe:

Knecht, Alban (2010): *Lebensqualität produzieren. Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats*. Wiesbaden: VS Verlag, Kapitel 3.3 „Diskurs und Kultur als Rahmenbedingungen“ S. 156–172

## Zum Autor



Dr. Alban Knecht forscht zu den Themen Armut, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik; er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der *Österreichischen Armutskonferenz* und Beirat der *Sektion Soziale Ungleichheit* der ÖGS. Er lebt in Wien und München. [www.albanknecht.de](http://www.albanknecht.de)